

Pressemitteilung

15. Juli 2016

Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt fordert: Bürgeranliegen müssen auf die Tagesordnung der Gremien gelangen. Aus Anliegen - Anträge machen - und dann mit fundierten Informationen für Klarheit sorgen. Das zeichnet Freie Wähler aus, die das Ohr nah am Bürger haben und die über Themen sprechen, die jetzt "dran" sind. Aktuelle Themen, über die ganz klar diskutiert werden muss, sind z. B. Integration und Sicherheit in unseren Kommunen.

"Wir nehmen diesen Ball gerne an, den uns jetzt ganz aktuell das Bundeskanzleramt ins Haus gespielt hat", so Landesvorsitzender Faißt. Mit dem Infobrief "Flucht und Integration" Nr. 1 vom Juli 2016 möchte das Bundeskanzleramt informieren und "aus der Herausforderung Integration eine Chance machen". In diesem Brief werden wir z. B. darüber informiert, dass immer weniger Schutzsuchende kommen, die Asylverfahren immer schneller und effizienter werden, ... und welche zentralen Inhalte das neue Integrationsgesetz hat. „Das ist schön und gut - aber es reicht noch lange nicht“ - so Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt. "Mit der Wohnsitzauflage sind wir einen guten Schritt weiter in die richtige Richtung gekommen. „Da hat man unsere kommunale Not gesehen und gehandelt", stellt Faißt fest. „Aber jetzt ist das Land Baden-Württemberg am Zug, schnell in die Umsetzung des Gesetzes einzusteigen. Der Familiennachzug und die Unterbringung wird die Kommunen immer noch vor riesengroße Herausforderungen stellen, die zunächst Herausforderungen bleiben - und den Blick auf die Chancen verstellen", so der Freie Wähler Landesvorsitzende.

- 2 -

Er empfiehlt deshalb seinen Freien Wählern, nachzufragen, wie es um die Integration vor Ort ganz konkret bestellt sei, wie Ehrenamtliche in Integrationskreisen noch besser unterstützt, gefördert werden können, wie die Sprach- und Integrationskurse vor Ort angenommen werden - und wie die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge weiter verbessert werden könnte. Faißt empfiehlt seinen Freien Wählern auch Besuche in Einrichtungen, Wohnheimen und Integrationskursen. "Der persönliche Eindruck kann durch nichts ersetzt werden - und die Menschen erleben so Anerkennung und Wertschätzung" - davon ist Faißt überzeugt.

Unangenehmen Themen gehen die Freien Wähler nicht aus dem Weg. Nach den Übergriffen in Köln, dem zurückhaltenden Umgang mit Informationen und der Herkunft der Täter und jetzt dem spärlichen Ermittlungsergebnis, darf das Thema Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden nicht außen vor bleiben. "Wir müssen in unseren Gemeinderäten auch über Sicherheit reden und dazu gehört, die Angst von Frauen vor Übergriffen genauso, wie Einbruchserien von Tätern, die unsere nicht kontrollierten Grenzen ausnutzen", so Faißt. Eines stellt der Landesvorsitzende der Freien Wähler allerdings auch klar: „Die Kriminalitätsrate von Flüchtlingen aus Bürgerkriegsgebieten ist nach Aussage der Polizei sehr gering. Die weit überwiegende Zahl der Flüchtlinge ist froh und dankbar, in Deutschland Schutz und Unterbringung gefunden zu haben.

"Unabhängig vom Thema Flüchtlinge empfehlen wir unseren Fraktionen, die zuständigen Ansprechpartner der Polizeipräsidien in die Stadt- und Gemeinderatssitzungen einzuladen, um über die aktuelle Sicherheitslage zu berichten. Nur durch Transparenz und durch objektive und wahrheitsgetreue Informationen können wir das vielfach vorhandene Unbehagen in unserer Bürgerschaft auf ein sachliches Fundament stellen". Davon ist Landesvorsitzender Wolfgang Faißt überzeugt.

- 3 -

Ansprechpartner bei weiteren Fragen:

Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt mobil: 0163 – 706 11 20

Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt Festnetz: 07159-924-120

Im Vertretungsfall: Landesgeschäftsführer Friedhelm Werner: 0171 – 621 88 78

Weitere Informationen: Home: www.landesverband.freiewaehler.de